



HESSISCHER LANDTAG

11. 09. 2024

ASA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kürzt die schwarz-rote Landesregierung bei Kitas, Sprachförderung und Sozialem?

Das Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales soll noch im Haushaltsjahr 2024 über 25 Millionen Euro einsparen, etwa in der frühkindlichen Bildung, bei Sozialem oder bei der Sprachförderung von Kindern. Erstmals seit zehn Jahren drohen damit Kürzungen im Sozialbereich und sogar im Sozialbudget, das unter schwarz-grüner Regierungsverantwortung noch strikt von Kürzungen ausgenommen war. In welchen Bereichen wie viel Geld eingespart werden soll, zeigt eine Aufschlüsselung in der Antwort auf den Berichtsantrag Drucksache 21/989 (Frage 6).

Die Landesregierung wird ersucht, im Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss (ASA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Im Haushaltsvollzug fließen nicht immer alle zur Verfügung stehenden Mittel ab. Um den Bodensatz abzuschöpfen, sind Globale Minderausgaben im begrenzten Umfang nicht selten. CDU und SPD haben mit ihrem Nachtragshaushalt 2024 diese Globale Minderausgabe im Einzelplan 17 um 50 Millionen Euro deutlich erhöht und gleichzeitig neue ressortspezifische Globale Minderausgaben in Höhe von über 150 Millionen Euro ausgebracht. Allein das Sozialministerium muss wegen des schwarz-roten Nachtragshaushalts über 25 Millionen Euro zusätzlich einsparen. Daher liegt die Vermutung nahe, dass Kürzungen im Sozialbereich bevorstehen.
Warum wurden die globalen Minderausgaben im Bereich des Sozialministeriums erhöht?
2. Im Bereich der frühkindlichen Bildung sollen eine Million Euro gekürzt werden.
Wie will die Landesregierung diese Kürzung realisieren?
3. In der Sprachförderung im Kindergartenalter sollen 700.000 Euro gekürzt werden.
Wie will die Landesregierung diese Kürzung realisieren und inwiefern steht dies im Einklang mit dem selbsternannten Ziel, die Bildungssprache Deutsch besonders zu fördern?
4. Für die Gemeinwesenarbeit stehen derzeit Fördermittel von neun Millionen Euro bereit. Zwei Millionen davon sollen nun gekürzt werden, obwohl sie Teil des Sozialbudgets sind, welches bislang von Kürzungen ausgenommen war.
Wie viele Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit werden bislang in welcher finanziellen Höhe gefördert und wie will die Landesregierung die Kürzungen realisieren?
5. Im Produkt „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Ausgleich von sozialen Benachteiligungen“ sollen sechs von 6,6 Millionen Euro gekürzt werden.
Hat sich die Landesregierung von dem Ziel verabschiedet, einen Hessenpass einzuführen, welcher Menschen mit geringem Einkommen den ermäßigten oder kostenfreien Eintritt zu Kultur- und Freizeitangeboten ermöglichen würde?
 - a) Falls die Landesregierung auch weiterhin einen Hessenpass einführen möchte: Wann ist mit konkreten Ergebnissen zu rechnen?
 - b) Wie viel Geld bleibt für die Realisierung des Hessenpasses im Produkt erhalten?
 - c) Inwieweit ist der Hessenpass mobil, das ermäßigte Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen, von den Kürzungen in diesem Produkt betroffen?
 - d) Inwieweit ist die Förderung von kostenlosen Hygieneprodukten von den Kürzungen betroffen?
 - e) Inwieweit ist die Förderung der Tafeln von den Kürzungen betroffen?

6. Rund 8,5 Millionen Euro sollen beim Sinnesbehindertengeld sowie bei Fahrgeldausfällen für schwerbehinderte Menschen eingespart werden. Dabei handelt es sich um gesetzliche und damit verpflichtende Leistungen.
Wieso geht die Landesregierung von so hohen Kürzungen in diesen Bereichen aus?
7. Sind im Haushalt 2025 in diesen oder in anderen Bereichen im Geschäftsbereich des Sozialministeriums weitere Kürzungen geplant?
- a) Falls ja: Bei welchen Maßnahmen und in welcher Höhe?
 - b) Falls nein: Schließt die Landesregierung Kürzungen im Sozialbereich im Haushalt 2025 aus?

Wiesbaden, 11. September 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke